

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Zada Salihović, Mandy Eißing, Janine Wissler, Doris Achelwilm, Dr. Dietmar Bartsch, Desiree Becker, Janina Böttger, Clara Bünger, Jörg Cezanne, Agnes Conrad, Mirze Edis, Christian Görke, Cem Ince, Cansin Köktürk, Ina Latendorf, Caren Lay, Tamara Mazzi, Pascal Meiser, Bodo Ramelow, David Schließing, Lisa Schubert, Ines Schwerdtner, Julia C. Stange, Isabelle Vandre, Donata Vogtschmidt, Sarah Vollath, Sascha Wagner, Anne Zerr und der Fraktion Die Linke

Entwicklung des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland

Seit der deutschen Einheit hat sich der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland tiefgreifend gewandelt. Auf die Wende folgte ein wirtschaftlicher Kahlschlag, infolgedessen Millionen Menschen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes konfrontiert wurden und die Versprechen nach einer besseren Zukunft uneingelöst blieben. Trotz schwieriger struktureller Ausgangsbedingungen konnten bis heute beachtliche Fortschritte erzielt werden. Maßgeblich dazu beigetragen haben aus Sicht der Fragestellenden insbesondere die Beschäftigten selbst sowie ihre Gewerkschaften, die spürbare Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen erkämpft haben (vgl. u. a. www.rosalux.de/news/id/53325/lohnmauern-einreisen).

Dennoch bestehen weiterhin erhebliche Herausforderungen. Der demografische Wandel, fortbestehende Abwanderungstendenzen sowie die umfassende Transformation der Wirtschaft prägen die Entwicklung – besonders des ostdeutschen – Arbeitsmarktes. In diesem Zusammenhang kommt der Gewinnung und Sicherung von Fachkräften eine Schlüsselrolle zu. Gute Löhne, faire Arbeitsbedingungen und passgenaue Weiterbildungsmöglichkeiten bilden dafür die Grundlage, genauso wie eine systematische Willkommenskultur und Unterstützung für ausländische Beschäftigte (vgl. www.eu-gleichbehandlungsstelle.de/resource/blob/1818408/2408896/08e367192a839d4f429612b2b40cbff3/gruende-zu-und-abwanderung-data.pdf?download=1).

Zugleich erweist sich Ostdeutschland als Region mit besonderen Potenzialen: Die vielfältigen Erfahrungen im Umgang mit strukturellen Umbrüchen eröffnen Chancen für eine zukunftsgerichtete wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Entwicklung, von der letztlich auch strukturschwache Regionen in Westdeutschland profitieren können. Nur wenn die politischen Entscheidungsträger diese Potenziale erkennen und den Osten nicht als Billiglohnland und verlängerte Werkbank westdeutscher Unternehmen begreifen, lassen sich die bestehenden Ungleichheiten auflösen.

Ausgehend davon richtet sich das Erkenntnisinteresse der Fragestellenden insbesondere auf die Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes in den vergangenen zehn Jahren. Ziel ist, bestehende strukturelle Unterschiede differenziert darzustellen, die Auswirkungen der demografischen Entwicklung genauer zu

beleuchten und den daraus resultierenden politischen Handlungsbedarf sichtbar zu machen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie schätzt die Bundesregierung die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ein?
2. Wo sieht die Bundesregierung arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf, um für gleichwertige Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland zu sorgen, und welche konkreten Maßnahmen will sie noch in dieser 21. Wahlperiode dafür ergreifen?
3. Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die demografische Entwicklung in Ostdeutschland seit 2015 dar, insbesondere in Bezug auf die Jugend-Alter-Relation der Bevölkerung (bitte sowohl für Ostdeutschland insgesamt als auch für die einzelnen Bundesländer angeben)?
4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der Unterjüngung Ostdeutschlands auf den Arbeitsmarkt?
Gibt es spezifische Maßnahmen oder Programme, die von der Bundesregierung ergriffen wurden, um die Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu verbessern?
5. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Binnenwanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland -ohne Berlin- seit 2015 bis heute entwickelt (bitte jährliche Daten angeben)?
6. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Zuwanderungen bzw. Zuzüge nach Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland seit 2015 entwickelt (bitte jährliche Daten angeben und nach Inland/Ausland, sowie Geschlecht und Altersgruppen differenzieren)?
7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Abwanderungen aus Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland seit 2015 entwickelt (bitte jährliche Daten angeben und nach Inland/Ausland, sowie Geschlecht und Altersgruppen differenzieren)?
8. Welche Schlussfolgerungen und Handlungsbedarfe zieht die Bundesregierung aus der im März 2026 erschienenen Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Tübingen im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zu den Gründen von Zu- und Abwanderung?
9. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Erwerbs- und Beschäftigungsquote seit dem Jahr 2015 bis heute entwickelt (bitte jährliche Daten nach Gesamt-, Ost- und Westdeutschland, der Typisierung ländlicher Räume des Thüneninstituts sowie Geschlecht differenzieren)?
10. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse seit dem Jahr 2015 bis heute entwickelt (bitte jährliche Daten für Gesamt-, Ost- und Westdeutschland nach sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung, Teilzeitbeschäftigung und geringfügiger Beschäftigung sowie Geschlecht differenzieren und prozentuale Anteile angeben)?
11. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das geleistete Arbeitsvolumen seit dem Jahr 2015 bis heute entwickelt (bitte jährliche Daten nach Gesamt-, Ost- und Westdeutschland sowie Geschlecht, für das gesamte Arbeitsvolumen sowie pro Kopf ausweisen)?

12. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Beschäftigten seit dem Jahr 2015 bis heute entwickelt, die mit einem Wohnort in den ostdeutschen Bundesländern zu Arbeitsplätzen in den westdeutschen Bundesländern pendeln und umgekehrt (bitte jährliche Daten ausweisen)?
13. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Arbeitswege seit 2015 von Menschen entwickelt, die mit einem Wohnort in den ostdeutschen Bundesländern zu Arbeitsplätzen in den westdeutschen Bundesländern pendeln (bitte nach jährlichen Daten ausweisen) und umgekehrt?
14. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung entsprechend seit 2015 die Steuermindereinnahmen durch die Entfernungspauschale entwickelt (bitte jährliche Daten und nach Bundesländern ausweisen)?
15. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote in Ostdeutschland seit 2015 entwickelt (bitte jährlich und nach Bundesländern, sowie im Vergleich mit Westdeutschland ausweisen)?
16. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Unterbeschäftigung in den ostdeutschen Bundesländern (bitte absolute Zahlen und die Unterbeschäftigungsquote angeben)?
17. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die so genannte Stille Reserve in den ostdeutschen Bundesländern (bitte den Gesamtwert angeben und nach einzelnen Bundesländern aufschlüsseln)?
18. Wie gestaltet sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Stellensituation (Anzahl Arbeitslose auf 100 offene Stellen) in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland (bitte jährliche Daten ab 2015 angeben)?
19. Wie gestaltet sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausbildungssituation (Anzahl Schulabgänger auf 100 offene Ausbildungsstellen) in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland?
20. Welche Regionen in den ostdeutschen Bundesländern weisen nach Kenntnis der Bundesregierung die höchsten Arbeitslosenquoten auf (bitte die zehn kreisfreien Städte und Landkreise mit den höchsten Werten ausweisen)?
21. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland (bitte prozentuale Anteile von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, mit betrieblicher/schulischer Ausbildung und mit akademischer Ausbildung angeben)?
22. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Unterschiede des ost- und westdeutschen Arbeitsmarktes hinsichtlich der Kriterien Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug?
23. Wie viele Zugänge hatte das Förderinstrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (§ 16i SGB II), seit der Einführung 2019 in Ostdeutschland (bitte Jahreswerte angeben) und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?
24. Wie viel Prozent aller ostdeutschen arbeitslosen Leistungsberechtigten im SGB II erhalten aktuell nach Kenntnis der Bundesregierung tatsächlich eine Förderung nach § 16i SGB II (bitte aktuellste verfügbare Daten angeben)?
25. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welchem Ausmaß in den ostdeutschen Bundesländern durch die langanhaltende Arbeitslosigkeit die ursprünglich vergleichsweise hohe Qualifikation von Er-

- werbslosen entwertet worden ist, und was bedeutet das für deren Beschäftigungsaussichten?
26. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der ostdeutschen Betriebe, die im Jahr 2025 Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt hat?
 27. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den ostdeutschen Bundesländern seit dem Jahr 2015 bis heute die Zahl der Weiterbildungsmaßnahmen in der Arbeitsförderung entwickelt (bitte jährliche Daten ausweisen)?
 28. Wie viele Tage dauerten nach Kenntnis der Bundesregierung die durchgeführten Weiterbildungen in Ostdeutschland durchschnittlich an (bitte zuletzt verfügbare Daten ausweisen und vergleichsweise für Westdeutschland angeben)?
 29. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Weiterbildungsbeteiligung von Erwachsenen in Ostdeutschland seit 2015 entwickelt (bitte jährliche Daten angeben) und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um diese insbesondere bei Frauen, Geringqualifizierten und Beschäftigten in der Transformation zu erhöhen?
 30. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über bestehende Fachkräftengpässe in den ostdeutschen Bundesländern, und was sind nach Einschätzung der Bundesregierung die maßgeblichen Gründe für die mögliche Nichtbesetzung von Stellen (bitte entsprechende Berufsgruppen der KldB 2010 angeben)?
 31. Wie viele Arbeitslose in Ostdeutschland wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen Jahren durch Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit in Berufen geschult, in denen hinsichtlich der Frage 30 Fachkräftemangel herrscht (bitte jährliche Zahlen von 2020 bis 2025, sowie den letzten verfügbaren Monatswert angeben)?
 32. Wie hat sich das mittlere Bruttomonatsentgelt bzw. Median-Einkommen nach Kenntnis der Bundesregierung in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland seit 2015 bis heute entwickelt (bitte jährliche Daten angeben)?
 33. Wie unterscheidet sich nach Kenntnis der Bundesregierung die in Ost- und Westdeutschland geleistete durchschnittliche Wochenarbeitszeit, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um eine Angleichung der Arbeitszeiten zu befördern?
 34. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Gender Pay Gap, Gender Hours Gap, Gender Employment Gap, sowie zum Gender Gap Arbeitsmarkt in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland und welchen politischen Handlungsauftrag leitet sie daraus ab?
 35. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Tarifbindung in den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern seit dem Jahr 2015 bis heute entwickelt (bitte Anteil der Betriebe sowie Beschäftigten nennen) und inwiefern sieht die Bundesregierung hier ein Handlungsfeld, um gleichen Arbeitsbedingungen und Löhnen näher zu kommen?
 36. In wie vielen Branchentarifverträgen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung eine unterschiedliche Entlohnung nach Ost und West (bitte jeweils konkret nennen)?
 37. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten in der Privatwirtschaft mit Betriebsrat in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland (bitte zuletzt verfügbare Zahlen angeben)?

38. Welchen Einfluss haben nach Kenntnis der Bundesregierung Betriebsräte auf die Produktivität von Betrieben und Zufriedenheit der Belegschaften?
39. Wie unterscheidet sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich zwischen Ost- und Westdeutschland (bitte auch nach Bundesländern aufschlüsseln)?
40. Wie viele abhängig Beschäftigte profitieren nach Kenntnis der Bundesregierung schätzungsweise vom aktuell geltenden Mindestlohn (bitte nach Ost- und Westdeutschland differenzieren) und wie hoch ist jeweils ihr Anteil gemessen an allen Arbeitsverhältnissen?
41. Wie viele Beschäftigte arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung zu einem Stundenlohn unterhalb von 15 Euro und würden von einer Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro ohne Ausnahmen profitieren (bitte nach Ost- und Westdeutschland aufschlüsseln)?
42. Wie unterscheidet sich das Armutsrisiko von abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen in Ostdeutschland und Westdeutschland (bitte konkrete Zahlen nennen), und was sind nach Auffassung der Bundesregierung die zentralen Gründe dafür?
43. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die soziale (vertikale und horizontale) Mobilität in Ost- im Vergleich zu Westdeutschland und wie hat sie sich seit 2015 entwickelt (bitte, wenn möglich, jährliche Werte ausweisen)?
44. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten, die Tätigkeiten mit Qualifikationserfordernis ausüben, seit 2015 entwickelt (bitte Daten für Ost- und Westdeutschland angeben, sowie nach beruflicher und akademischer Qualifikation differenzieren)?
45. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Betriebe, sowie der ausbildungsberechtigten Betriebe in Ostdeutschland, die Ausbildungsplätze anbieten?
46. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der jungen Erwachsenen (20 bis 34 Jahre), die keinen Berufsabschluss haben, seit 2015 in Ostdeutschland entwickelt (bitte jährliche Daten mit absoluten Zahlen und den prozentualen Anteil an der gesamten Altersgruppe angeben, sowie für die einzelnen Bundesländer ausweisen)?
47. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung des Förderinstruments Assistierte Ausbildung nach § 74 SGB II in den ostdeutschen Bundesländern seit 2015 (bitte jährliche Zugänge angeben und nach Bundesländern differenzieren)?
48. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Ausbildungsplätze und die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz seit 2015 in Ostdeutschland entwickelt (bitte jährliche Zahlen als Gegenüberstellung ausweisen)?
49. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Produktivitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und welche Gründe sieht sie dafür?
50. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Betriebs- bzw. Gewerbeaufgaben seit 2015 in den ostdeutschen Bundesländern entwickelt (bitte jährliche Werte ausweisen)?
51. Wie viele Beschäftigte in Ostdeutschland haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2015 Kurzarbeitergeld oder Insolvenzgeld erhalten (bitte jeweils jährliche Daten angeben)?

52. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der durchschnittlichen Fehltag pro Beschäftigtem seit 2015 in Ostdeutschland entwickelt (bitte jährliche Werte ausweisen und nach Bundesländern differenzieren)?
53. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der Anzahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle in den ostdeutschen Bundesländern seit 2015 (bitte jährliche Werte angeben und nach Bundesländern differenzieren)?
54. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten (bitte je Bundesland und Ost/West differenzieren)?
55. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren (bitte je Bundesland und Ost/West differenzieren)?

Berlin, den 13. April 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.